

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

30.03.2022

Inhalt

EWN

1 Versorger: Gaslieferungen im Landkreis vorerst gesichert <i>Ostsee-Zeitung - Grevesmühlener Zeitung, 30.03.2022</i>	3
2 Pipeline auf Abruf <i>DER TAGESSPIEGEL, 30.03.2022</i>	5
3 Bahlburg will in die Kategorie D <i>Landeszeitung für die Lüneburger Heide, 30.03.2022</i>	7

 Ostsee-Zeitung - Grevesmühlener Zeitung | 30.03.2022 | S. 11

 Auflage: 6.681 | Reichweite: 15.920

 Jürgen Lenz

ERDGASVERSORGUNG

Versorger: Gaslieferungen im Landkreis vorerst gesichert

Haushalte und soziale Einrichtungen werden bei Gasmangel bevorzugt beliefert. Stadtwerke und Eon antworten auf drängende Fragen.

Ein Großteil der Haushalte in Nordwestmecklenburg heizt mit Gas. Werden sie das weiter tun können - trotz des Kriegs in der Ukraine und trotz der Überlegungen aufseiten der Europäischen Union, keine fossilen Brennstoffe vom Aggressor Russland mehr zu kaufen? Eines ist klar. Was auch immer passiert in den kommenden Wochen zwischen Deutschland und Russland: In der laufenden Heizperiode werden in Nordwestmecklenburg alle Haushalte mit ausreichend Gas versorgt.

Katy Jurkschat von den Stadtwerken Grevesmühlen verweist nach einer Anfrage auf Informationen der Fachverbände. So hat der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft für die Branche bekannt gegeben: Während der noch laufenden Heizsaison wird jeder Gas- und Fernwärmekunde eine warme Wohnung haben. So viel ist sicher.

Die Stadtwerke Grevesmühlen gehören zu den wichtigen Versorgern in Nordwestmecklenburg. Sie beliefern rund 4500 Kunden mit Gas. Es kommt nicht nur aus Russland, sondern auch aus anderen Staaten. Die Stadtwerke kaufen über einen Verbund mit anderen Unternehmen einen Mix unterschiedlicher Herkunft. Und das langfristig. Für 2022 haben sie bereits Gas beschafft - auch Teilmengen für 2023 und 2024. Für den kommenden Winter gilt dagegen nach Katy Jurkschats Auskunft deutschlandweit: „Wenn der Gashahn aus Russland zugedreht wird, haben alle Versorger ein Problem.“

Die Stadtwerke Grevesmühlen verweisen aber darauf, dass sich die Bundesregierung um Gas aus anderen Staaten bemüht. Die USA haben bereits zugesagt, zusätzliches Flüssiggas nach Europa zu liefern. Nach Angaben des Wirtschaftsministers Robert Habeck (Grüne) ist es beim Gas möglich, bis Mitte 2024 weitgehend unabhängig von Importen aus Russland zu werden. Ein vollständiges Embargo sei derzeit nicht mög-

lich, denn „noch wären die ökonomischen und sozialen Folgen zu gravierend.“

Die Stadtwerke Grevesmühlen erläutern: „Für den Fall, dass es zu einer nationalen Gasknappheit kommt, hängt der Umfang der Maßnahmen davon ab, in welchem Ausmaß und über welchen Zeitraum diese ist.“ Die Stadtwerke würden sich vorsorglich darauf vorbereiten, sagt Katy Jurkschat. Das stadteigene Unternehmen führt zurzeit Gespräche mit Dienstleistern.

Es geht auch um die Frage: Wen versorgen wir bei einem Gasmangel vorrangig, weil er im Sinne der öffentlichen Ordnung Wärme braucht? Das können soziale Einrichtungen wie Alten- und Pflegeheime sein, aber auch Krankenhäuser, Bäckereien und andere Betriebe der Ernährungswirtschaft. Haushaltskunden unterliegen einem besonderen Schutz. Sie werden nach Auskunft der Fachverbände vorrangig versorgt. So schreibt es der „nationale Notfallplan Gas“ vor.

Keine Sorgen muss sich machen, wer in Grevesmühlen mit Fernwärme versorgt wird. Die Stadtwerke erklären: „Sie besteht größtenteils aus erneuerbaren Energien wie beispielsweise aus Abwärme des Zweckverbandes und der Biogasanlagen.“

Neben den Stadtwerken Grevesmühlen gehört Eon zu den wichtigen Gasversorgern in Nordwestmecklenburg. Ein Unternehmenssprecher erklärt auf Anfrage: „Wir kaufen unser Erdgas vorausschauend ein. Dabei profitieren unsere Kunden von unserem breiten Zugang zu den europäischen Beschaffungsmärkten und einem diversifizierten Einkaufsportfolio mit unterschiedlichen Partnern.“ Das meiste Gas stamme von etablierten Anbietern, die über große Mengen verfügen.

„Die Gasmengen für das Jahr 2022 hat Eon für die Kunden in den europäischen Märkten fast vollständig ab-

gesichert. Auch für das Jahr 2023 hat Eon bereits signifikante Mengen unter Vertrag“, erläutert der Unternehmenssprecher. Klar müsse aber auch sein: „Über Nacht wird es in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern nicht ohne russisches Erdgas gehen und auch das Gas, was wir an unsere Kunden verkaufen, ist zu einem Teil auch russisches Erdgas.“

Auf die Frage, wer bei Gasknappheit vorrangig beliefert wird, erwähnt das Unternehmen Sicherungsmechanismen, die dann greifen. Eon bestätigt: „In jedem Fall sind Haushaltskunden und Einrichtungen wie beispielsweise Krankenhäuser durch gesetzliche Bestimmungen besonders geschützt.“ Auch würden vertrag-

lich geregelte Absichtvereinbarungen mit der Industrie oder der Wechsel auf andere Energieträger die Nachfrage nach Erdgas drosseln.

Eon hält an seiner Beteiligung an der Ostseegaspipeline Nord Stream 1 fest. Durch die Doppelröhre strömt seit elf Jahren russisches Gas. Die Pipeline Nord Stream 2 geht dagegen in absehbarer Zeit nicht in Betrieb.

Zitat-Text:

”Wenn der Gashahn aus Russland zgedreht wird, haben alle Versorger ein Problem.” - Katy Jurkschat, Stadtwerke Grevesmühlen

 DER TAGESSPIEGEL | 30.03.2022 | S. 13

 Auflage: 102.399 | Reichweite: 351.593

 Christian Schaudwet

Pipeline auf Abruf

Nord Stream 2 scheint keine Zukunft zu haben. Was wird aus den 300 Millionen Kubikmetern Gas, die schon in der Röhre stehen?

Berlin - Inhalt: rund 300 Millionen Kubikmeter Erdgas. Länge: 2460 Kilometer Rohrleitung. Druck: 103 Bar. Zahl der Techniker in der fabrikgroßen Anlandestation Lubmin: drei. Kenntnisse über die Mannschaft, die sich am anderen Ende der Pipeline in Ust-Luga um Überwachung und Instandhaltung kümmert: fast null. Die zuständige Landesbehörde hat nach eigenen Angaben keinen Kontakt zur russischen Seite.

Seit Wladimir Putins Überfall auf die Ukraine liegt Ungewissheit über der Neun-Milliarden-Euro-Investition Nord Stream 2 und dem Gas in ihrem Inneren. Für die behördliche Überwachung in Lubmin und im deutschen Küstenmeer ist das Bergamt Stralsund zuständig. Nach Aussage seines Leiters Thomas Triller ist die Lage unter Kontrolle. Die drei Fachkräfte reichten aus, um das deutsche Ende der Pipeline zu kontrollieren, sagte er im Gespräch mit Tagesspiegel Background. Zu ihnen halte man Kontakt. Personal darüber hinaus sei nicht vorgesehen. Beim betreuenden Unternehmen in Lubmin handelt es sich laut der mecklenburg-vorpommerschen Landesregierung um den Gasfernleitungsbetreiber Gascade, an dem der russische Gazprom-Konzern beteiligt ist.

Die eigentliche Betreibergesellschaft Nord Stream 2 AG mit Sitz in der Schweiz hat zwar bisher nicht Insolvenz angemeldet, Medienberichten zufolge ist sie aber abgewickelt, ihr Personal ist entlassen. Auf die Lage in Lubmin wirke sich das nicht aus, sagte Triller: „Die Leitung ist sicher.“

Laut Landesregierung könnten allerdings Kontroll- und Instandhaltungsarbeiten fällig werden. Diese müsste dann das Land vorfinanzieren und nach einer möglichen Nord Stream 2-Insolvenz dem Insolvenzverwalter in Rechnung stellen, sagte Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) am 10. März im Landtag in Schwerin. Dass die Kosten dann doch beim Land bleiben, schloss er nicht aus.

Die beiden Stränge der Pipeline sind zwar brandneu,

doch sie sind den Kräften des Meeres ausgesetzt und in der Ostsee herrscht reger Schiffsverkehr. Käme es zu einem Schaden im Leitungsverlauf oder am Anfangspunkt der Pipeline im russischen Ort Ust-Luga, bei dem Gas entweiche, würden die Techniker am Lubminer Ende zwar einen Druckabfall registrieren, sie wüssten aber noch nicht, was passiert wäre.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) beurteilt die unklare Lage als „sehr besorgniserregend“, wie ihr Leiter für den Bereich Energie und Klimaschutz, Constantin Zerger, sagte. Die Pipeline sei unter hohem Druck mit Methan gefüllt. „Das ist ein extrem klimaschädliches Treibhausgas und die Sicherheit muss auf jeden Fall gewährleistet sein.“

Auch wer im Falle eines Rückbaus der riesigen Infrastruktur verantwortlich sei, solle rasch geklärt werden, so Zerger. „Hier muss sich die Landesregierung MV dafür einsetzen, dass die Nord Stream 2 AG beziehungsweise die Gazprom die Kosten übernimmt, damit dies nicht am Steuerzahler hängen bleibt.“ Der DUH-Vertreter plädiert für die schnellstmögliche Rücknahme der Bau- und Betriebsgenehmigungen sowohl für den Küstenmeerbereich durch das Bergamt Stralsund als auch für die Ausschließliche Wirtschaftszone durch das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie.

Über die Expertise, um von der Pipeline ausgehende Risiken beurteilen zu können, verfügen das dänische Ingenieur- und Beratungsunternehmen Rambøll und der norwegische Zertifizierungsdienstleister DNV. Beide waren für Nord Stream 2 tätig, zogen sich wegen der Gefahr US-amerikanischer Sanktionen aber zurück. Und beide beschieden nun Bitten um eine Einschätzung der Lage abschlägig. Ein Rambøll-Sprecher antwortete, zum Thema Nord Stream 2 gebe man „in der aktuellen Situation“ kein Statement ab. Auch der Nord-Stream-2-Eigentümer Gazprom äußert sich nicht.

Ein Branchenkenner und Ingenieur, den Background zu Rate zog, beurteilte die Pipeline in ihrem jetzigen Zustand als sicher. Die dickwandigen, mit Bitumen ummantelten Stahlrohre könnten das Gas unter dem gegenwärtigen Druck problemlos über viele Jahre speichern. Ob das Gas darin fließe oder stehe, sei nicht sicherheitsrelevant. Die Anlage müsse jedoch konstant überwacht werden, sagte der Experte. Über die Maßnahmen zur Sicherstellung der Leitungsintegrität stünden die Betreiber mit dem Bergamt Stralsund im Kontakt.

Eine Untersee-Pipeline zu inspizieren, ist allerdings vergleichsweise aufwändig, da sie – anders als Land-Pipelines – nicht „begangen“ und nicht optisch aus der Luft begutachtet werden kann. Das Innere können sogenannte Molche untersuchen und reinigen – ferngesteuerte Geräte, die sich durch die Leitungen bewegen. Mit Tauchrobotern von Schiffen aus lassen sich die Pipeline-Stränge äußerlich in Augenschein nehmen. Bei Reparaturbedarf müssen meist Taucher hinunter.

Dass solche Untersuchungen nicht trivial sind, zeigt ein Papier von 2014 der Betreibergesellschaft der ersten Ostsee-Pipeline Nord Stream – Nord Stream 2 ist weitgehend baugleich. „Die äußere Inspektion stellt sicher, dass sich die Position der Pipeline nicht verändert hat, zum Beispiel aufgrund von Veränderungen im Meeresboden“, heißt es darin. Außerdem prüfe man, ob Fremdkörper wie Geröll oder Fischernetze sich an der Pipeline ansammelten und ob die Steinschüttungen noch intakt seien, mit denen die Leitung auf dem Meeresboden stabilisiert sei. Der Beschreibung nach wird Nord Stream jährlich inspiziert.

Die Molche für die innere Inspektion werden durch spezielle Schleusen am Anfang der Leitung in Russland eingesetzt, dann schiebt das hineinströmende Gas sie durch die Röhren in Richtung Deutschland. Neun Tage dauert diese Reise. Der eingesetzte Molchtyp hat keinen eigenen Antrieb. Falls dasselbe Verfahren für Nord Stream 2 vorgesehen ist, könnte es sich als nicht praktikabel herausstellen. Denn das Gas in dieser Pipeline fließt nicht und kann das 7,3 Tonnen schwere und 6,6 Meter lange Inspektionsgerät nicht vorantreiben. In welchen Zyklen und auf welche Weise inspiziert werden muss, ist für die EU in Regelwerken für Gashochdruckleitungen festgelegt.

Neuland wäre unter den aktuellen Vorgaben der EU

ein Vorgang, den der energiepolitische Sprecher der Grünen in Schweriner Landtag, Hannes Damm, kürzlich forderte. Wie die „Ostsee-Zeitung“ berichtet, verlangte er, dass das Gas aus Nord Stream 2 herausgeholt wird. „Die Pipeline ist weder zertifiziert noch in Aussicht, in Betrieb zu gehen“, zitiert das Blatt Damms Begründung.

Doch die Optionen zur Entleerung scheinen begrenzt zu sein. Laut Bergamtsleiter Triller besteht mangels Kompressoren auf der deutschen Seite technisch keine Möglichkeit, das Gas zu seinem Eigentümer Gazprom in Russland zurückzupumpen. Möglicherweise lassen sich die beiden Stränge zu einem großen Teil leeren, wenn sie an beiden Enden geöffnet werden und das Gas durch den bestehenden Druck in angeschlossene Leitungsnetze strömt. Falls das nicht machbar ist, könnte man das Gas abfackeln, womit der Rohstoff aber verschwendet und zudem sinnlos CO₂ emittiert würde.

Der schlimmste Fall wäre ein bloßes Ablassen des Gases. Das sogenannte Venting wird in Russland und anderen Erdgas produzierenden Ländern immer wieder praktiziert – beispielsweise vor technischen Arbeiten an Pipelines. Es schädigt das Klima extrem, da Methan ein vielfach stärkeres Treibhausgas ist als CO₂. Die EU hat dem Methanausstoß der Öl- und Gasindustrie mit ihrer Methanstrategie den Kampf angesagt. Zumindest am deutschen Ende von Nord Stream 2 käme Venting somit nicht ernsthaft in Betracht. Aber ohnehin ist die Frage, was mit dem Gas passiert, beim Bergamt Stralsund laut Triller „im Moment kein Thema“.

Eine Revitalisierung der Pipeline scheint unter den gegenwärtigen politischen Umständen undenkbar. Aber in 20 Jahren? Vielleicht mit einer neuen, demokratischen Post-Putin-Regierung als Gegenüber? Die Pipeline zumindest wäre dann bei kontinuierlicher Wartung noch voll betriebsfähig, sagte der Branchenexperte. In einem maximal optimistischen Szenario, das er sich vorstellen kann, flösse kein Erdgas durch Nord Stream 2, sondern klimaschonender grüner oder blauer Wasserstoff, an dessen Produktion Russland Interesse entwickeln würde.

Erst vor einem reichlichen halben Jahr wurde Nord Stream 2 fertiggestellt. Die Zukunft der Pipeline ist ungewiss.

📰 Landeszeitung für die Lüneburger Heide | 30.03.2022 | S. 6

📄 Auflage: 25.368 | Reichweite: 64.333

👤 Björn Hansen

Bahlburg will in die Kategorie D

Die BGE rollt den Info-Teppich aus. Bürgerinitiative schöpft Hoffnung

Roydorf. Auf einmal ist Bahlburg in aller Munde. Olaf Lies, Umweltminister des Landes Niedersachsen, verwies darauf, dass aus Bahlburg der erste Aufschrei in der Diskussion um die neue Suche nach einem Atommüll-Endlager in Deutschland gekommen sei. Stefan Studt, Vorsitzender der Geschäftsführung der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), sprach von einer „nationalen Herausforderung“. Landrat Rainer Rempe forderte, dass beim Verfahren Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen müsse. Und Bahlburg mit seiner Bürgerinitiative gegen Atom-Endlager im Salzstock Bahlburg ist damit das erste gallische Dorf im hör- und sichtbaren Widerstand gegen das Ansinnen der BGE.

Vorgestern Abend fand die bereits zweite Informationsveranstaltung zum Salzstock Bahlburg statt, der zu Beginn des Suchverfahrens als eines von insgesamt vier Teilgebieten zur Methodenentwicklung ausgerufen worden war. Dies allerdings geschah versehentlich durch einen BGE-Mitarbeiter in einer Online-Konferenz. Seither erlebt Bahlburg nicht nur die erhöhte Aufregung in den eigenen Reihen, sondern auch den seltsamen Charme ungewollter Prominenz.

Rund 60 Zuhörer waren im Luhe-Gymnasium in Roydorf präsent, rund 220 Menschen sahen die Veranstaltung im Internet. Die erste Veranstaltung im vergangenen September in Garstedt war noch durchdrungen von demütigem mea culpa, das Steffen Kanitz, Mitglied der BGE-Geschäftsführung und zuständig für die Standortauswahl, entsandte, um die Wut von knapp 200 Einheimischen in Präsenz zu mildern. Vorgestern packte die BGE viele, im Prinzip zuviele Informationen auf den Tisch, ihre Experten legten sich ins Zeug, um auch die Detailfragen aus dem Plenum ausführlich und nachvollziehbar zu beantworten. Das Ergebnis war eine engagierte, vor allem aber sehr sachliche Diskussion.

Die BGE war Veranstalter, kam mit einem zehnköpfigen Technikteam und einem Drei-Mann-Sicherheitsdienst, mit den Pressesprecherinnen, drei

Experten und zwei Mitgliedern der dreiköpfigen Geschäftsführung nach Roydorf. Die Botschaft ist eindeutig: Die BGE sucht kein Alibi, sondern demonstriert, dass die Ängste der Betroffenen ernst genommen werden. Allerdings bohrte Olaf Lies noch einmal in der Wunde. „Hätte es den Versprecher nicht gegeben, dann weiß ich nicht, ob die BGE diese Info-Formate von sich aus gestartet hätte“, so der Umweltminister, der zugeschaltet worden war.

Auch Landrat Rainer Rempe sprach der BGE ins Gewissen: Transparent und nachvollziehbar müsse das Verfahren sein, um die Bürger mitzunehmen. Zustimmung konnte Rempe auch Winsens Bürgermeister André Wiese. Der bekannte, dass er nach all den Informationen nun mehr Fragen hätte als vorher. Wolfgang Krause, Bürgermeister der Samtgemeinde Salzhausen, komplettierte im Luhe-Gymnasium das kommunale Trio, dass die BGE eine weiterhin kritische Begleitung des Verfahrens ankündigte.

Substanziell Neues gab es in den rund zweieinhalb Stunden, die sich in zwei Vorträge und zwei Fragestunden gliederten, letztlich nicht. Lisa Seidel, bei der BGE Bereichsleiterin Standortauswahl, erklärte, dass man sich in „Schritt zwei von Phase eins“ befinde. Man ermittle nun Standortregionen für die übertägige Erkundung, womit dann Phase zwei eingeleitet werde. Grundsätzlich zähle bis in Phase drei immer die höchstmögliche Sicherheit. Phase drei umfasst die untertägige Erkundung der Standorte.

Zusammengefasst: Die BGE sammelt reichlich Daten, wertet diese Daten aus und nimmt anhand dieser Daten eine Wertung in vier Schritten vor. Die insgesamt 90 Teilgebiete unterteilen sich in die Kategorien A bis D. Bahlburg will in Kategorie D. Darin versammeln sich die nicht geeigneten Standorte. Kategorie C bietet kaum geeignete Standorte, in B und A wird sich die engere Wahl finden. 2031 soll die Standortentscheidung fallen, darüber stimmt final der Bundestag ab. Die Betriebsaufnahme soll in 2050 starten, die Betriebszeit, in der der gesamte Atommüll der Republik unter die

Erde kommen soll, wird mit etwa 40 Jahren angegeben.

Christian Grupp, Vorsitzender der Bahlburger Bürgerinitiative, skizzierte in seiner Rede, was das für den beschaulichen Winsener Ortsteil bedeuten würde. Für die gesamte Infrastruktur mit Bergwerk, Zwischenlager und strahlungssicheren Hallen zum Umfüllen der erwarteten rund 1900 Castoren brauche es enorm viel Platz. Er erinnerte an die Häufung der Leukämiefälle in der Elbmarsch und befürchtet „katastrophale Auswirkungen auf die Region“. Zudem stehe das Verfahren unter Zeitdruck und sei deshalb fehleranfällig.

Etwas überraschend zieht die Bürgerinitiative aus der Veranstaltung dieses Fazit: „Offensichtlich kein Endlager in Bahlburg“. Herangezogen wird dabei die Wahrscheinlichkeit von Hochwasser-Ereignissen in den nächsten 500 Jahren, bedingt durch den Klimawandel. So würde ein Endlager in einem Salzstock keinen Sinn machen. Ein BGE-Experte entgegnete, dass

der Bahlburger Salzstock schon Hochwasser und auch Eiszeiten überstanden hätte und immer noch da sei. Immerhin: Die Datenlage zum Salzstock ist mau. Zum Internbau gebe es keine klaren Daten, ebenso wenig könne man etwas zur Salzstruktur sagen, so Lisa Seidel. Neue Daten seien jetzt angefordert worden.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung will den Prozess der Standortsuche weiter transparent halten. Nach Bahlburg werde man mit einer weiteren Veranstaltung zurückkehren, kündigte Steffen Kanitz an. Der BGE zur Seite sprang am Ende Umweltminister Olaf Lies: „Die BGE, das sind wir“, stellte er klar. Die Gesellschaft gehöre zu hundert Prozent dem Bund und suche stellvertretend eine sichere Lösung für den angehäuften Atommüll. Das gehe alle an, so Lies.

Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.bge.de/endlagersuche sowie unter www.salzstock-bahlburg.de.